

Erdoğan zerstört die Türkei

Am 21. Januar 2017 stimmten von 339 von 550 Parlamentsabgeordneten in der großen Nationalversammlung der Türkei (türkisches Parlament) für eine Verfassungsänderung, somit wird spätestens in der dritten Woche des April ein Referendum stattfinden. Die Verfassungsänderung wird als Transformation der 94 Jahre alten Republik von einem parlamentarischen zu einem präsidentiellen System beschrieben; eine ungenügende Beschreibung für die Einführung einer autokratischen Ein-Mann-Herrschaft.

Der Verfassungsentwurf, der hinter den Kulissen von Erdoğan's Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der ultranationalistischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) verfasst wurde, löst jegliche Kontrolle über das Präsidentenamt auf. Sollte die türkische Bevölkerung die Verfassungsänderung befürworten, wäre der Präsident im Stande, das Parlament eigenmächtig aufzulösen,

Notstände zu erklären, die Hälfte aller Richter, älteren Beamten, Leiter der Polizei, des Militärs, sowie Vizepräsidenten der Universitäten zu benennen. Erdoğan wäre im Stande, bis 2029 zu herrschen. Das Referendum wird abgehalten werden, während 10 Abgeordnete der pro-kurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) mit dem Vorwurf des Terrorismus und 76 kurdische BürgermeisterInnen im Gefängnis sitzen. Sämtliche kritischen Medien wurden geschlossen, enteignet oder wurden durch den türkischen Staatsterror zum Schweigen gebracht. Das Referendum wird das Fundament für den Krieg der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung sein, sowie für die militärischen Operationen in Syrien und dem Irak. Erdoğan und seine Verbündeten werden weiter versuchen Unterstützer zu gewinnen, indem sie ausländische Mächte des Versuchs bezichtigen, die Türkei durch terroristische Angriffe zu zerbrechen. Die bür-

gerlichen und politischen Institutionen in der Türkei werden dabei als Geiseln genommen. Währenddessen verschafft die britische Regierung Erdoğan diplomatische und militärische Unterstützung: Großbritannien hat der Türkei seit 2015 Waffenlieferungen im Wert von 330.000.000€ geliefert, darunter Bomben, Raketen, Drohnen, Hubschrauber und Schutzausrüstung. Auch bei dem Treffen zwischen der britischen Premierministerin Theresa May und Erdoğan am 28. Januar zeigte May kein Interesse die massiven Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren, stattdessen vereinbarten beide eine Vertrag über 100.000.000€, damit die englische Firma BAE Systems in Zusammenarbeit mit der türkischen Luftfahrtindustrie ein neues Kampfflugzeug für die Türkei baut. Außerdem diskutierte May und Erdoğan über die zukünftige „Kooperation für Sicherheit und Terrorismusbekämpfung“.

Meldungen:

Weitere Abgeordnete der HDP in der Türkei verhaftet

Eine weitere Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker HDP ist verhaftet worden. Hüda Kaya, Abgeordnete der HDP für Istanbul, wurde in Afyon (Westanatolien) verhaftet. Hüda Kaya zog bei den Wahlen im Juni 2015 für die HDP ins türkische Parlament ein. Auch bei der erneuten Wahl im November gleichen Jahres zog sie erneut für die HDP ins türkische Parlament. Dabei hatte ihr politisches Leben in ganz anderen Zusammenhängen begonnen. Bekannt wurde sie durch ihren Einsatz gegen das Kopftuchverbot in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. 2013 ging sie in den Kandil und schrieb eine Artikelserie über ihre Eindrücke, die in der Zeitung Özgür Gündem veröffentlicht wurden. Heute ist Hüda Kaya sowohl Mitglied der HDP als auch Mitglied der International Muslim Women Union, deren Delegierte sie für die Türkei ist.

(ANF 27.1., ISKU)

76 InternationalistInnen aus 15 Ländern marschieren für die Freilassung von Abdullah Öcalan

Für die Freilassung des Repräsentanten der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan marschieren ab heute 76 InternationalistInnen aus 15 Ländern von Luxemburg nach Straßburg. Hierfür kamen sie am heutigen Morgen aus vielen Teilen der Welt vor dem Europarat in Luxemburg zusammen.

Der lange Marsch der InternationalistInnen begann zunächst mit einer Presseerklärung. Peter Müller, Sprecher des langen Marsches, hielt die Eröffnungsrede. Müller rief die verantwortlichen PolitikerInnen der EU sowie das CPT auf, ihrer Verantwortung nachzukommen.

In seiner Rede erklärte er den Verlauf des langen Marsches: „Täglich werden im Durchschnitt 20km für die Freilassung Öcalans und Frieden in Kurdistan gelaufen. Am 11. Tag wird der lange Marsch mit der großen Kundgebung in Straßburg abschließen. Unterwegs werden unterschiedliche Organisationen, VertreterInnen verschiedener Parteien und NGOs besucht. Es werden Gespräche geführt, Seminare und

Konferenzen mit ihnen organisiert. Wir möchten damit Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit gewinnen. Wir möchten der AKP zeigen, dass der Zustand von Abdullah Öcalan nicht nur ein türkeiweites Problem darstellt, sondern ein internationales Problem ist. Denn sollte ihm Schaden zugefügt werden, liegt die Verantwortung auf internationaler Ebene.“

Peter Müller erklärte: „Die Freiheit Öcalans und aller politischen Gefangenen ist eng mit der Freiheit der KurdInnen verknüpft. Aus diesem Grunde rufen wir die EU, das CPT und europäische Institutionen auf, ihrer Verantwortung nachzukommen. Demokratie und universelle Gerechtigkeit, Menschenrechte und die Werte des Friedens, die sich vor ihren Augen befinden, sollen gesehen werden.“

Die aus unterschiedlichen Ländern kommenden TeilnehmerInnen und ihre DelegationssprecherInnen hielten ebenfalls ihre Reden. Die AKP-Regierung wurde in den Reden angegriffen. Scharfe Kritiken an die Staaten

der EU, die Waffen an die AKP liefern, ihre Wirtschaftsbeziehung durch Rüstungsgüter sichern, wurde geäußert. Grußworte und eine tiefe Solidarität mit dem Widerstand in Rojava wurden vorgetragen.

Unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“ und mit Slogans wie „Bijî Serok Apo“, „Jin, Jiyan, Azadî“ startete der lange Marsch. 10 Tage wird der lange Marsch laufen. Unter den InternationalistInnen befinden sich unter anderem die Französin und Künstlerin Sarah Mauriaucourt, aus Argentinien Doktor Daniel Maraz, der spanische Historiker Joaquín Martínez, aus Katalonien Vertreter der Rojavaplattform Azadi Roc Peris, portugiesische Aktivistin Susana Isabel Macedo Gomes und Julia Iglesias, Mitglied des kurdisch-baskischen Solidaritätsvereins Newroz.

Neben solidarischen FreundInnen der KurdInnen nehmen auch VertreterInnen von europäischen Organisationen am Langen Marsch für die Freilassung Öcalans teil. (ANF 1.2., ISKU)

Steigerung der Klagen vor dem EGMR gegen die Türkei

Der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), Guido Raimondi, hat auf einer Pressekonferenz die Bilanz des vorangegangenen Jahres vorgestellt. Auffällig an der Bilanz ist vor allem, dass seit dem Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli 2016 allein 8.308 neue Klagen zur Türkei eingegangen sind. Das ist, im Vergleich zum Vorjahr, eine Steigerung um 300%. Zum Vergleich, 2016 wurden „lediglich“ 2.212 eingereichte Klagen gegen die Türkei akzeptiert. 2016 wurde die Türkei in 88 Fällen verurteilt. Wie viele Urteile insgesamt gefällt wurden, ist allerdings nicht bekannt.

Aktuell liegen dem EGMR 12.575 anerkannte Klagen gegen die Türkei vor. Aus allen 47 Mitgliedsländern zusammen sind insgesamt 80.000 Klagen anhängig. Mit 15% Anteil an der Gesamtmenge der eingereichten Klagen ist die Türkei, nach der Ukraine, das Land mit den meisten anhängigen Anklagen.

Guido Raimondi nahm auch Stellung zur Haftsituation Abdullah Öcalans. Die Tatsache, dass Abdullah Öcalan seit 5 Jahren eine Konsultation seiner Anwälte vorenthalten wird, sieht er als Verstoß gegen den Artikel 34 der europäischen Menschenrechtskonvention. Auch die Verhinderung des Schriftverkehrs

Idris Baluken freigelassen – Ayhan Bilgen und Meral Daniş Beştaş erneut inhaftiert

Der Fraktionschef der HDP Idris Baluken wurde nach 3-monatiger Isolationshaft aus dem Gefängnis entlassen. Baluken erklärte: „Die heutige Meldung ist nicht das ich entlassen wurde. Die Schlagzeile ist: Selahattin Demirtaş ist immer noch in Haft.“ Dann führte er aus: „Wenn im Gefängnis mehr PolitikerInnen zu finden sind als im zentralen Parteibüro, dann gibt das zu denken und zeigt an welchem Punkt die Türkei in Sachen Demokratie steht.“ Baluken erklärte: „Die Bevölkerung in der Türkei soll eins wissen, als wir inhaftiert wurden haben wir Frieden, Demokratie und Freiheit gesagt. Auch drinnen, im Gefängnis, in Isolationshaft haben wir erneut von Frieden,

Demokratie und Freiheit gesprochen. Heute, wo wir aus dem Gefängnis entlassen werden, ist unsere Botschaft die gleiche: Frieden, Demokratie und Freiheit.“

Der Abgeordnete der HDP Idris Baluken wurde am 4. November letzten Jahres verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft Baluken „Separatismus“, „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ und „Propaganda für eine terroristische Organisation“ vor und fordert ein Strafmaß von erschwerter lebenslänglicher Haft plus 15 Jahre Gefängnis. Idris Baluken wurde am ersten Verhandlungstag unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass keine Verdunklungsgefahr

bestünde. Berücksichtigt wurde außerdem, dass es sich bei Idris Baluken um einen Abgeordneten handelt und dass eine Aussage von ihm vorliegt. Darüber hinaus bezog sich das Gericht auf ein Urteil des türkischen Verfassungsgerichts vom 4. Dezember 2013 zu Kriterien, die es zu beachten gelte, wenn ein Inhaftierter Abgeordneter ist. Mit dem Beschluss des Gerichts scheint ein Präzedenzfall in Sachen der inhaftierten Abgeordneten geschaffen zu sein.

Im Laufe des Tages wurden allerdings die Abgeordneten der HDP Ayhan Bilgen und Meral Daniş Beştaş, nach dem sie einen Tag zuvor unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt worden waren, erneut verhaftet. (ANF, 30.1., ISKU)

für Abdullah Öcalan stelle einen Bruch des Artikels 34 dar. (ANF, 26.1., ISKU)

§129b-Prozesse gegen kurdische Aktivisten
Verhandlungstermine im Februar 2017
(ohne Gewähr, Termine können kurzfristig verlegt werden)

Laufende Verfahren:
Cem AYDIN,
Kammergericht Berlin
Montag, 13. Februar: Urteilsverkündung; der Angeklagte wurde nach Abgabe einer Erklärung am 23. Januar 2017 aus der Haft entlassen.

Ali H. DOĞAN,
Kammergericht Berlin, Saal 701,
Turmstr. 91
Dienstag, 7. Februar, 9.00 Uhr
Dienstag, 28. Februar, 9.00 Uhr

Muhlis KAYA,
Oberlandesgericht Stuttgart,
Saal 4, Olgastraße 2
Alle Verhandlungen beginnen lt. Zeitplan um 9.30 Uhr
Donnerstag, 2. Februar
Dienstag, 7. Februar,
Donnerstag, 9. Februar
Dienstag, 14. Februar
Donnerstag, 16. Februar
Dienstag, 21. Februar
Donnerstag, 23. Februar

Zeki EROĞLU,
Hanseat. Oberlandesgericht
Hamburg,
Freitag, 17. Februar: Eröffnung
g des Hauptverfahrens
Hier die kommenden Hauptverhandlungstermine:
Freitag, den 17.02.2017, 09:00
Uhr, Saal 237 / 1. Stock,
Freitag, den 24.02.2017, 09:00
Uhr, Saal 288 / 1. Stock,
Mittwoch, den 01.03.2017,
09:00 Uhr, Saal 288 / 1. Stock,
Donnerstag, den 02.03.2017,
09:00 Uhr, Saal 288 / 1. Stock,
Donnerstag, den 09.03.2017,
09:00 Uhr, Saal 288 / 1. Stock,
Freitag, den 10.03.2017, 09:00
Uhr, Saal 288 / 1. Stock

Derzeit befinden sich neun kurdische Aktivisten in U- bzw. Strafhaft. (AZADİ e.V., 1.2., ISKU)

Quellen:
ANF Firat
 Nachrichtenagentur
KQ Kurdish Question

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-806

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

→ Erdoğan zerstört die Türkei

Erdoğan schlüpft in die Rolle eines Faschisten. Nach dem Bombenanschlag auf ein Polizeifahrzeug außerhalb eines Stadions in Istanbul am 11. Dezember 2016, bei dem 38 Menschen getötet wurden, schwor Erdoğan seine Unterstützer ein: „Greift an im Geiste der Mobilmachung ... wir müssen unbarmherzig sein, wir führen den zweit der Krieg der Unabhängigkeit. Diejenigen, die sich nicht anschließen, werden als FETO (staatliche Bezeichnung für die Gülen-Bewegung; Anm.d.Ü.) Mitglieder angesehen und in unseren unabhängigen Gerichten verurteilt“. Er ruft die Bevölkerung zur Bespitzelung und Denunziation auf: „Berichtet, was auch immer ihr seht“. Kurdische Geschäfte und Gebäude oppositioneller Strukturen wurden zum Ziel, sie wurden zerstört und in Brand gesteckt, sowie die unzähligen HDP Zentralen und Büros. Die rassistischen und faschistischen Brandstifter posierten mit dem faschistischen Gruß der Grauen Wölfe vor den Kameras, während die Polizei untätig dabei zusah. Die Grauen Wölfe sind verknüpft mit der MHP, sie bildeten in den 70er und 80er Jahren Exekutionskommandos gegen Linke.

Die Vereinigung der zeitgenössischen Journalisten veröffentlichte ihren vierteljährlichen Medienreport für die Türkei über die vergangenen drei Monate. Laut dem Bericht wurden in diesem Zeitraum 3 Journalisten getötet, 80 verhaftet, 299 inhaftiert, 5 Medienbüros wurden angegriffen, 157 Medienanstalten und 9 Verlage wurden geschlossen, zudem gab es 24 Nachrichtensperren. Das Innenministerium erklärte, dass über 1.600 Menschen wegen Veröffentlichungen in Sozialen Medien verhaftet wurden,

gegenüber 10.000 Menschen wird ermittelt. Das ist es, was die britische Regierung unterstützt. Dennoch sehen sich Erdoğan und der türkische Staat weiterhin dem Widerstand der KurdInnen und ihrer Unterstützer in der Türkei gegenüber, die Volksverteidigungskräfte (HPG), die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), berichtet, dass im vergangenen Jahr 3.404 türkische Soldaten und Polizisten getötet wurden, die HPG verzeichnete einen Verlust von 585 Guerillas. In den kurdischen Dörfern und Städten unterstützen die Zivilen Verteidigungseinheiten (YPS) weiterhin die Operationen der Guerilla gegen die türkische Armee.

Hinzu sieht sich Erdoğan einem Kampf gegen die türkische Wirtschaft gegenüber, den er nicht gewinnen kann, diese Droht jene Unterstützung zu beenden, die ihm erlaubte 2002 die Wahlen zu gewinnen. Am 11. Januar 2016 schrieb die Financial Times in ihrem Leitartikel: „Die Türkei scheint näher an einer umfassenden Finanzkrise als je zuvor seit dem die herrschende AKP 2002 die Regierung übernommen hat“. Die türkische Lira ist in den ersten zwei Wochen des Jahres 2017 um 12% gegenüber dem US-Dollar gefallen, bereits in den drei Monaten zuvor verlor sie einen Fünftel ihres Wertes. Erdoğan tobt gegen die Ratingagenturen für Kredite, die die Türkei herabgestuft haben. „Sie wissen, dass die Wirtschaft für ein Ziel manipuliert wird, die Türkei anzugreifen. Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Terroristen, der eine Waffe in seiner Hand hat und einem Terroristen, der Dollar oder Euro in seiner Tasche trägt. Beide wollen die Türkei von ihrem Ziel abbringen. Sie nutzen die Finanzen als eine Waffe.“, so Erdoğan.

Das Wirtschaftswachstum der Türkei wurde durch ausländische Investitionen angetrieben. Mit dem Fall des Lirakurses, werden die Schulden nicht mehr tragbar. Erdoğan setzt dem die Aufhebung der Zinssätze entgegen, die den Fall der Lira verlangsamten könnten, jedoch werden die erforderlichen Maßnahmen um so härter, je länger der türkische Staat dafür braucht. Die Financial Times formulierte es so: „die Investoren könnten wieder zurückgeholt werden, wenn Herr Erdoğan die Exekutivgewalt sichern kann, der Griff nach der totalen Macht jedoch ist absurd. Er bedroht damit die grundlegenden Institutionen der Türkei“.

Die umfassende Repression in der Türkei droht Erdoğan mehr und mehr von einflussreichen Kreisen der herrschende Klasse zu isolieren, so wurden erst kürzlich „drei Manager der Dogan Holding, Eigentümer der Zeitung Hurriyet, CNN Türkei und der Tumpower in Istanbul verhaftet (Financial Times vom 13. Januar 2017). Dogan Holding ist eine der stärksten Großkonzerne der Türkei. Die Hauptunterstützung erhält Erdoğan jedoch aus den kleinen und mittleren Unternehmen, die nach nationaler und internationaler Ansicht nicht auf die an das internationale Kapital gebundenen Monopole streben. Auch der Verteidigungsminister drohte kürzlich gegenüber der NATO, die Nutzung des Flugstützpunktes Incirlik in der südöstlichen Türkei zu beenden. Erdoğan hüte dich: Stolz kommt vor Zerstörung und Hochmut vor dem Fall.

Stoppt die Waffenlieferungen in die Türkei!

Trevor Rayne – Revolutionary Communist (KQ, 29.1., ISKU)